



Schiedsgerichte: Gemäss Europäischem Gerichtshof legal – sie bleiben jedoch weiterhin aus demokratischer, sozialer und ökologischer Sicht nicht hinnehmbar!

Der Europäische Gerichtshof hat in einem heutigen Urteil festgehalten, dass Sonder-Schiedsgerichte („ICS“) konform zu EU-Recht sind. Wallonien hatte 2016 den Gerichtshof bekannterweise mit dieser Frage im Rahmen des Handelsabkommens zwischen EU und Kanada (CETA) befasst.

Unter ICS versteht man einen Mechanismus, der u.a. in den Abkommen mit Kanada, Singapur und Vietnam vorgesehen ist und dadurch ausländischen Investoren besondere, weitreichende Rechte gegenüber Regierungen zugesteht. Dieser erlaubt es den Konzernen z.B. Regierungen vor Sondergerichte zu zitieren, wenn sie der Meinung sind, Vorgaben sozialer oder ökologischer Art bzw. betreffend die Menschenrechte, würden ihre Gewinne beschneiden!

Dabei bleiben diese Sonderrechte auf Konzerne begrenzt, Nicht-Regierungsorganisationen, Verbraucher, „Opfer“ von Firmen, u.v.a. verfügen in keinsten Form über derartige Möglichkeiten.

Die Vergangenheit hat aufgezeigt, welche verheerenden Auswirkungen damit verbunden sein können (z.B. wurden umstrittene Energieprojekte zugelassen). Bekannt ist ebenfalls, dass Firmen mit diesen Sonderrechten Regierungen abschrecken im Sinne der Allgemeinheit zu regulieren. Sie wollen vermeiden, vor diesen Sondergerichten angeklagt zu werden und ggf. Millionen oder Milliarden an Strafen zu bezahlen, da eine umwelt- oder sozialrelevante Auflage als unzulässige Belastung für gewinnmaximierende Betriebe angesehen wird.

Wenn der Europäische Gerichtshof dann nun entschieden hat, dass derartige Sonderrechte für Konzerne zulässig sind, so bleiben sie nach Ansicht der Luxemburger Stop CETA & TTIP-Plattform - und zahlreichen Organisationen europaweit - nichts destotrotz weiterhin absolut untragbar!

Es kann und darf nicht sein, dass Konzerne Sonderrechte erhalten, um gesellschaftlich verankerte, von Regierungen entschiedene Rechte in Frage zu stellen!

Bisher haben sich bereits Millionen von Menschen europaweit gegen derartige Schiedsgerichte ausgesprochen!

Deshalb richtet die Luxemburger Stop TTIP & CETA dringende Appelle an

- die Luxemburger Regierung, in aller Konsequenz bei den Verhandlungen von Freihandelsabkommen, gegen diese Rechte zu stimmen!
- die Parteien sowie die Abgeordnetenversammlung, CETA nicht zu ratifizieren! Dies da CETA zahlreiche Bestimmungen enthält, die aus ökologischer und sozialer Sicht höchst umstritten sind und da das umstrittene Modell der Schiedsgerichte nunmehr wohl integraler Bestandteil von CETA sein wird.

Luxemburg muss die Rechte und das Gemeinwohl der Menschen und der Allgemeinheit vor jene der Konzerne setzen!

Die Luxemburger Plattform Stop CETA & TTIP erwartet klare Aussagen aller politischen Parteien zu diesen so wichtigen Fragen vor den EU-Wahlen!

Luxemburger Plattform Stop CETA & TTIP

Mitglieder der Plattform

ALEBA

ASTM / Cercle de coopération des ONG de développement

Bio-Lëtzebuerg

Caritas

CGFP

Fairtrade

FGFC

FNC / Landesverband

Greenpeace

Landjugend a Jongbaueren

LCGB

Mouvement Ecologique

natur&ëmwelt a.s.b.l.

OGBL

Stop TAFTA

Syprolux

ULC

Union Syndicale Fédérale